

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

4.1.1919 (No. 4)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptredakteur
G. K. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 4.475 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 4.925 P. — Der Einzelverkaufspreis jeder Ausgabe beträgt 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gepaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Pöbelverwüstung, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Das Wichtigste.

Ausscheiden der Unabhängigen aus der preuß. Regierung u. aus den Reichsämtern.

In einem Schreiben an den Berliner Zentralrat geben die unabhängigen sozialdemokratischen Mitglieder der preussischen Regierung Ströbel, Adolf Hoffmann, Dr. Rosenfeld, Dr. Graf von Arco, Dr. Breitscheid, Paul Hoffmann, Esfer und Simon bekannt, daß sie aus ihrem Amte ausscheiden. Sie begründen ihren Entschluß damit, in einer Aussprache mit dem Zentralrat habe sich ergeben, daß eine erfolgreiche Vertretung ihrer Ideen in der Regierung infolge der mehrheitssozialistischen Zusammenfassung des Zentralrates unmöglich geworden und ihnen durch das Ausscheiden der Unabhängigen aus dem Kabinett der Volksbeauftragten der nötige Rückhalt bei der Reichsregierung geraubt worden sei. Der unmittelbare Grund zu ihrem Rücktritt sei die Tatsache, daß von ihnen verlangt worden sei, ohne weitere Prüfung der Ernennung des Obersten Reichsrichters zum preussischen Kriegsminister zuzustimmen.

Die Berliner „Freiheit“ teilt mit, daß sämtliche Delegierte aus den Reihen der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, die in die Reichsämter abgeordnet waren, sich mit den Genossen Naase, Dittmann und Barth solidarisch erklärt und ihre Ämter der Regierung zur Verfügung gestellt haben. Sie haben sich vorläufig bereit erklärt, die Geschäfte weiter zu führen, bis Nachfolger ernannt sind.

Zur Kundgebung der süddeutschen Staaten.

Auf die Kundgebung der süddeutschen Staaten an die Reichsregierung hat der eine Vorsitzende der Reichsregierung Herr Ebert, an den Reichspräsidenten Wels in Stuttgart folgendes Telegramm gerichtet:

„Auf Telegramm vom 30. Dez. Vor endgültiger Erklärung zu den Beschlüssen der Stuttgarter Konferenz der süddeutschen Regierungen vom 27. und 28. Dez. sind Verhandlungen mit mehreren Reichsämtern erfolgt, die sofort eingeleitet sind. Endgültige Antwort erfolgt baldigst. Wir werden alles tun, um die Mitwirkung der süddeutschen Staaten an den Reichsgeschäften sicherzustellen und bis zur endgültigen Regelung durch die Nationalversammlung zu gewährleisten. Ebert.“

Rückkehr deutscher Kriegsgefangener.

Wie das württembergische Kriegsministerium mitteilt, ist zu erwarten, daß die in Gewalt der Entente befindlichen deutschen Kriegsgefangenen nun doch in absehbarer Zeit freigelassen werden. Es handelt sich um etwa 800 000 Mann, von denen die Hälfte auf dem Landwege, die andere Hälfte auf dem Wasserwege in die Heimat zurückgelangen sollen und zwar wird damit gerechnet, daß die Rückbeförderung schon im kommenden Monat beginnt. Die Schnelligkeit des Verkaufes der Heimkehr wird sehr wesentlich von den vorhandenen Transportmöglichkeiten abhängen.

Zusammenkunft der deutschen Finanzminister

Der Staatssekretär des Reichsschatzamt hat die Chefs der einzelstaatlichen Finanzressorts zu einer gemeinsamen Erörterung der schwebenden Finanzfragen auf Freitag, den 10. 1. 1919, in das Reichsschatzamt eingeladen. In vertraulicher Aussprache sollen insbesondere die bisherigen Maßnahmen der Reichsleitung und ihre Steuerpläne, das Verhältnis zwischen Reichs- und Einzelstaaten, die Aufgaben der Nationalversammlung und die finanzpolitischen Teile der zukünftigen Reichsverfassung behandelt werden.

Von den neuen Steuerplänen.

Bei der Kriegsteuer der Einzelpersonen sind, wie der „Volks-Anz.“ von zuständiger Seite erfährt, die gleichen Sätze wie bei der Einkommensteuer und der Vermögensabgabe von 1918 in Aussicht genommen. Danach ist für 1919 eine Abgabe von Einkommen zu zahlen, wenn das Kriegseinkommen um mehr als 3000 Mark größer ist, als das Friedens Einkommen und das Kriegseinkommen 18 000 Mark übersteigt.

Was die allgemeine Vermögensabgabe betrifft, so dürften die ganz kleinen Vermögen auf Befreiung hoffen, dagegen dürften auch Vermögen von weniger als 100 000 Mark, die bei der Vermögensabgabe von 1918 in Aussicht genommen waren, jetzt herangezogen werden, wobei im Sinne der aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen gebotenen Rücksichtnahme eine Staffelung der Sätze Platz zu greifen hat.

Italiener und Jugoslawen.

Amlich wird dem Wiener Korrespondenz-Bureau aus Agram gemeldet: Die Italiener überfielen am 31. Dezember früh die kroatische Stadt Knin, die sich außerhalb der Demarkationslinie befindet. 300 Mann der serbischen Besatzung und die serbische Bürgerwehr leisteten Widerstand bis die jugoslawische Abteilung nach zweitägigem Kampfe vom serbischen Militärkommando in Spalato den Rückzugsbefehl erhielt.

* Vom Tage.

Karlsruhe, 4. Januar.

(Die polnische Gefahr. Die Entente und Wilson.)

Die Sünden und Fehler des alten Rates der Volksbeauftragten rächen sich jetzt in der bittersten Weise. Die deutsche Ostmark ist es, die in erster Linie die Bedröpfung zu bezahlen hat. Daß die aus Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen bestehende, jetzt Gottlob reorganisierte Reichsleitung die von den Polen drohende Gefahr teils völlig ignoriert, teils in ihrer Bedeutung völlig falsch beurteilt hat, ist eine der schwersten Sünden wider unsere Nation, die jene Regierung auf sich geladen hat.

Noch vor 14 Tagen hätte man die Polen in der Provinz Posen im Zaume halten können. Dazu wäre allerdings die rasche Bildung und Entsendung eines schlagfertigen Heeres notwendig gewesen. Statt hierfür zu sorgen, hat sich die Reichsleitung mit den Spartakusleuten herumgeschlagen und auf die inneren Zwistigkeiten derart viel Zeit und Mühe verwendet, daß für eine kraftvolle Wahrung unserer Interessen nach außen hin nichts mehr übrig blieb.

Ein Trost wäre es ja, wenn man sagen dürfte, daß die Reichsleitung nun wenigstens der Spartakusgruppe und ihres Treibens Herr geworden ist; aber auch dieser Trost bleibt uns verweigert: das brennende Geschwür am Körper unseres Volkes bleibt offen; und, wie zum Hohne, hält sich der Beauftragte der bolschewistischen Regierung in Moskau, Herr Radef, in Berlin auf, um dort die Agitation der Spartakusgruppe (kommunistischen Arbeiterpartei) zu beaufsichtigen und die Mittel für eine neue Spüring der Leidenschaften bereitzustellen.

Allerdings hat die neue Reichsleitung mancherlei getan, was uns zu der Hoffnung berechtigt, daß die Polen nicht eines Tages Berlin besetzen werden; im Anmarsch befinden sie sich ja bereits. Der neue Rat der Volksbeauftragten stellt jetzt endlich eine Freiwilligenarmee zusammen, die die Aufgabe hat, die polnische Bewegung einzudämmen und die Provinz Posen von der polnischen Herrschaft zu befreien, bis zu dem Tage, an dem die Friedenskonferenz ihr letztes Wort über das Schicksal Posens gesprochen hat. Daß die Polen der Provinz Posen im engsten Zusammenhang mit der Warschauer Regierung handeln, ist unmissbar. Die Warschauer Regierung will eben, noch bevor die Friedenskonferenz zusammentritt, fertige Tatsachen schaffen, die ihren Wünschen nach Machterweiterung und Ausdehnung günstig sind. Deshalb geht sie daran, alle die Gebiete des deutschen Ostens, die sie dem Großpolnischen Reich der Zukunft einverleiben will, möglichst jetzt schon zu besetzen. Dabei hat sie sich in ebenso raffiniert, wie skrupellosen Weise der revolutionären Bewegung bedient: unter dem Zeichen der Arbeiter- und Soldatenräte durfte sie ihren Deutschenhass Orgien feiern lassen. Mit dem Gefühle tiefster Empörung lesen wir, daß treue deutsche Offiziere, die den Boden ihres Vaterlandes gegen die Eroberungspolitik dieser slawischen Horden verteidigten, einfach standrechtlich erschossen wurden. Geschehen ist das in deutschen Städten, die ihre ganze Blüte ausschließlich dem Deutschtum verdanken. Daß es geschehen konnte, ist und bleibt eine furchtbare Schmach für den deutschen Namen.

Hoffentlich kommt die Freiwilligen-Armee bald zustande, hoffentlich ist sie von demselben Geiste des Hohnes und der Entrüstung besetzt, die alle Deutschen ob dieser Schmach empfinden, und hoffentlich wird sie von Führern befehligt, die nicht nur das Vertrauen der Truppe besitzen, sondern auch über die genügende strategische Begabung verfügen, um die Schläge auszuteilen, die allein noch das Ansehen unseres Volkes im Osten wieder herstellen können. Gelingt es der neuen Reichsleitung, polnische Eroberungsgier und polnische Unverschämtheit in ihre Schranken zurückzuweisen, so wird sie sich damit den heißen Dank des Vaterlandes erworben haben.

Was die Lage innerhalb der Entente betrifft, so hat sich in den letzten Tagen der Gegensatz zwischen Clemenceau und Lloyd George einerseits und Wilson andererseits immer schärfer herauskristallisiert. Der Siegestaumel in Frankreich und England hat noch keineswegs vernünftigeren Erwägungen Platz gemacht. Ein Nachtrausch ohne gleichen hält die beiden Länder in ihrem Banne, und die Forderung, daß wir vierhundertfünfzig Milliarden Kriegsschuldigung zu zahlen hätten,

wird mit einer Selbstverständlichkeit aufgestellt, die sich jeder Mühe der Überlegung enthebt. Clemenceau aus Rede im französischen Parlament enthüllt uns die Verachtungsgier dieses Feindes in einer Weise, die irgendwelchen Hoffnungen kaum mehr Raum läßt; und schon geben die französischen Staatsmänner daran, Herrn Wilson ziemlich unterklümt klar zu machen, daß er nur wenig dreinreden habe, da Amerika erst sehr spät auf dem Plan erschienen sei. Liegt in diesem Tun schon eine geradezu ungeheuerliche Undankbarkeit gegenüber Amerika, so haftet ihm weiter auch noch das Zeichen aberwärtiger Überhebung an. Darüber kann doch wohl kein Zweifel bestehen, daß die Entente ohne Amerika nie den Krieg gewonnen hätte, und daß Frankreich sich heute in Deutschlands Lage befinden würde, wenn die amerikanische Hilfe ausgeblieben wäre.

Wie gewaltig der Siegesbrausch auch in England ist, beweisen uns die Parliamentswahlen. Bei ihnen hat Lloyd George, das heißt also die Politik der Eroberungs- und Vernichtungsgier, einen glänzenden Siegesertrag. Präsident Wilson beharrt allerdings nachwieder auf seinem Programm, und wir haben einstweilen keine Veranlassung, an dem ehrlichen und energischen Willen dieses Mannes zu zweifeln. Immerhin ist die Lage für uns außerordentlich gefährlich. Die „Basler Nachrichten“ haben dieser Lage in einem Zeitartikel, der sich mit dem kommenden Frieden beschäftigt, unter anderem folgendes geschrieben: „Clemenceau und Lloyd George wollen des Deutschen Reiches Tod, Wilson will sein Leben. Als Kompromiß kann für Deutschland etwas herauskommen, das zu viel zum Sterben, zu wenig zum Leben ist.“ Wir glauben, daß diese Auffassung nicht gar zu pessimistisch ist. Helfen kann uns außer dem guten Willen des Präsidenten Wilson nur noch das einmütige und entschlossene Auftreten unserer Nation selbst. Und unsere ganze Hoffnung richtet sich demgemäß auf die Entwicklung unserer innerpolitischen Zustände, die heute allerdings noch so sind, daß man wenigstens für die aller-nächste Zeit noch keine Ruhe und Einigkeit erwarten darf.

Pressestimmen

Die goldenen Eier. Unter dieser Epithete schreibt das Mannheimer Tageblatt: „Wenn heute jemand von fernen Planeten auf die Erde heranstiege und Deutschland besuchte, etwa Chidher, der ewig junge, der alle fünfhundert Jahre einmal deselben Weges fährt, dann würde er bei einem Blick in die Lohnlisten unserer Fabriken das diamantene Zeitalter für angebrochen halten. Auf zwanzig bis fünfundsiebzig Mark täglich kommen vielfach die Arbeiter, und wer es noch nicht so weit gebracht hat, der ist höchst unzufrieden und denkt an Streik.“ In diesen Deutschland von 1918, müßte Chidher sich sagen, scheinen ja Handel und Gewerbe in höchster Blüte zu stehen! Wann jemals seit Erschöpfung der Welt sind solche Löhne gezahlt worden! Er würde auf das höchste erstaunt sein, wenn man ihm berichtete, daß Deutschland einen vierundneunzigjährigen unglücklichen Krieg hinter sich hat, daß es zermalmende Lasten tragen muß wie kein anderes Volk, zermalmendere Lasten noch auf gepakt bekommen wird und möglicherweise froh sein muß, das nackte Leben zu retten. Unsere vernichtende Ausfuhr läßt sich nur wieder aufbauen, wenn wir instande sind, gute Waren zu Weltmarktpreisen zu liefern — eine glatte Unmöglichkeit, sobald die deutsche Industrie ihren Arbeitern abenteuerliche Löhne zu zahlen hat, die es von vornherein unmöglich machen, den Wettbewerb aufzunehmen. Ohne Warenlieferungen in das Ausland sind wir aber nicht fähig, unser Volk zu ernähren. Und für Fertigerwaren erhalten wir die dringend benötigten Rohstoffe und Lebensmittel, nur dann können wir unsere Schornsteine wieder rauchen, unsere Maschinen laufen lassen, unseren Arbeitern Arbeit geben. Was jetzt in Deutschland geschieht: die rücksichtslose Erpressung überhoher Löhne, ganz gleich, ob die Industrie dadurch zugrunde geht und die Werke sich in tote Trümmerhaufen verwandeln, ist die furchtbarste Illustration zu der Kindergeschichte von der Henne, die goldene Eier legte und die gieriger Unberstand abschlachtete! Um eines vorübergehenden, dazu sehr fragwürdigen Gewinnes willen schlägt der deutsche Arbeiter seine wirtschaftliche Zukunft kurz und klein. Vorübergehend ist der außerordentliche Profit, weil die Fabriken ihre Tore sperren müssen, sobald den Besitzern das Geld zu den riesenhaften Lohnzahlungen ausgegangen ist, ihr Kapital verloren ist; fragwürdig muß er genannt werden, weil die Erhöhung der Löhne zwangsläufig die Preise der Lebensmittel usw. steigert, so daß die Arbeiter so gut wie keinen greifbaren Nutzen davon haben.“

Zu den Friedensverhandlungen

Pariser Zeitungen schreiben, wie aus Bern gemeldet wird, daß sofort nach der Rückkehr des Präsidenten Wilson aus Italien die Alliierten die Friedensprozedur besprechen und ihr Programm ausarbeiten werden. Diese Verhandlungen würden zweifellos in der ersten Hälfte des Januar stattfinden. Selbst wenn erklärt werde, daß die Alliierten völlig einig seien, so

Pläne der Frieden erst am dem Tage unterzeichnet werden, an dem Deutschland seine innere Lage wieder hergestellt haben werde.

Die Weltversorgung.

Zwischen der niederländischen Regierung und den Regierungen der Alliierten ist eine allgemeine Vereinbarung getroffen worden, die ein Finanzabkommen und ein landwirtschaftliches Abkommen umfasst. Der Vorsitzende des niederländischen Ausschusses, der die Verhandlungen in England führte, Colyn, machte bei Gelegenheit des Abchlusses dem Londoner Korrespondenten des „Amsterdamer Handelsblad“ einige Mitteilungen.

Hiernach haben die alliierten Regierungen die Absicht, eine zentrale Verteilungsstelle für die ganze Welt ins Leben zu rufen. Diese soll für die einzelnen Beteiligten die ihnen zuzuliefernden Warenmengen festsetzen. In Brotgetreide werde z. B. 800 Gramm pro Kopf und Tag entfallen. Diese Zentralverteilungsstelle untersteht den Vollzugsämtern, in denen die einzelnen Länder sowohl als Produzenten, als Lieferanten wie als Konsumenten und Bezahler tätig sind. Solche Verteilungsämter bestehen bereits für Getreide und Viehfutter, und für gewisse Felle, Kunststoffe und anderes werden solche noch eingerichtet werden. Die einzelnen Abkommen zwischen den Neutralen und den Ländern, die noch als Kriegführender zu betrachten sind, werden durch die Blockade der Alliierten beschränkt und beziehen sich nur darauf, daß den Neutralen trotz dieser Blockade auf bestimmte notwendige Warenmengen zugeführt werden. Für die Lebensmittelversorgung kommt in Betracht, daß noch nicht zu entscheiden ist, wieviel die einzelnen Länder nötig haben und welche Mengen verfügbar sind, da man nach Friedensschluß an die Versorgung der jetzt feindlichen Länder denken muß. Auch die Zuteilung von Rohstoffen für die Industrie ist festgelegt, und es wird erklärt, daß an einen Export von Industriefabrikaten noch nicht gedacht werden könne. Eine allmähliche Vermehrung werde in Erwägung gezogen, aber auch hierfür seien die Schiffahrtsschwierigkeiten schwer ins Gewicht. Die alliierten Regierungen sind damit beschäftigt, die Frage des Schiffverkehrs für Reisende, Güter und Post zu prüfen; auch hier giebt die Blockadepolitik vorläufig noch unüberwindliche Schranken. Die Blockadepolitik bleibt auf jeden Fall bis zum Friedensschluß in Kraft.

Der niederländische Oberbefehlshaber, an den alle Einfuhrgüter gerichtet werden müssen, bleibt noch weiter bestehen. Das Abkommen mit der Entente trägt den gleichen Charakter wie das bisher bestehende Abkommen. Es enthält nur insofern eine Änderung, als die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Artikeln aus den Niederlanden nach den Zentralmächten noch weiter bis auf das Äußerste eingeschränkt wird. (Hf. Btg.)

Zwischenfälle in der französischen Kammer.

Nach Honorer Meldungen kam es in der französischen Kammer während einer Rede Bichons zu einer Reihe von Zwischenfällen. Der Vorsitzende des Außen Ausschusses, Franklin Bouillon, rief: „Alle Mitglieder dieser Regierung (nämlich der russischen) sind eingekerkert. Sie sind, sagte er zu Bichon gewandt, erbarmungswürdig schlecht unterrichtet. Sie verletzen eine Note, die Ihnen von Ihrem Bureau gemeldet wurde.“ (Lebhafte Bewegung. Lärm.) Clemenceau fuhr Bichon an und sagte: „Man sagt Ihnen, daß Sie die Note Ihres Bureaus verletzen, die Sie nicht kontrolliert haben. Antworten Sie!“ (Große Bewegung.) Bichon antwortete: „Diese Note ist von der russischen Abteilung des Ministeriums des Äußeren redigiert und stützt sich auf die Berichte des Kriegsministeriums.“ Franklin Bouillon rief: „Aber wissen Sie denn nicht, daß die Leute, von denen Sie sprechen, vor drei Wochen in Omsk verhaftet worden sind?“

Bichon erklärte: „Die Regierung in Ufa wurde in Omsk von Admiral Kolschat rekonstruiert und findet stetig neue Anhänger unter den ententretreuen Russen.“ Franklin Bouillon rief: „Es handelt sich nicht darum. Sie verletzen falsche Nachrichten.“

Ohne auf diese Einwendungen einzugehen, fuhr Bichon in seiner Rede fort. (Starke Zurufe. Unterbrechungen auf der äußersten Linken. Rufe: „Der Krieg beginnt wieder. Wieviele tote hatten wir in Odesa?“) Um sich zu rechtfertigen und um Clemenceau mit in den Tumult hineinzuziehen, verlas Bichon dann Instruktionen Clemenceaus an die französischen Generale in Russland vom 18. September: „Die alliierten Operationen haben keinen Offensivcharakter. Sie bezwecken nur, allen Zugang der Bolschewisten zum Kaukasus, nach der Ukraine und Ostirland zu verhindern. Wenn ein offensives Vorgehen zur Vernichtung des Bolschewismus notwendig würde, so würde der Stoß nur mit russischen Kräften geführt werden. Unsere Hilfe bezweckt nur, Ihnen die materielle Überlegenheit über die Bolschewisten zu sichern.“ In einem Telegramm vom 21. Dezember gab Clemenceau den Generalen weiterhin an, die Pläne der Alliierten liefern auf eine wirtschaftliche Einkreisung der Bolschewisten hinaus. (Zurufe von links: „Das ist geradezu niederträchtig!“)

Unbeirrt fuhr Bichon fort: „Der Augenblick ist vielleicht gekommen, wo wir in der Ukraine den Platz der Deutschen einnehmen müssen. Ein Frieden kann mit der übrigen Welt nicht geschlossen werden, solange in Russland der Bürgerkrieg wütet und die jetzige Regierung am Ruder bleibt. Die jetzige bolschewistische Regierung regiert ausschließlich durch den Terror. Tausende von Personen sind ohne Urteil erschossen worden. Der Despotismus verursacht eine furchtbare Hungersnot und führt das wirtschaftliche Leben zum völligen Ruin. Franzosen und Engländer sind eingekerkert und mißhandelt worden. Polen, Ungarn und Tschechen wurden gemartert und ermordet.“

Nach Schluß der Rede Bichons protestierte Laffont gegen die Worte Bichons über das Recht, das aus dem Sieg hervorgegangen sei, und über den Wert der französischen Rechte in Syrien. Laffont erklärte dann, die ganzen Nachrichten Bichons über Russland seien teils mangelhaft, teils falsch. Dem Bolschewismus gegenüber sei auch er für keine Sentimentalität, aber er sei gegen jede militärische Intervention. Das Jaudern der Regierung, die Regierung Bilsudskis anzuerkennen, begünstige nur den Bolschewismus. Renaudel verlangte den schnellen Frieden, der nicht vom Sieg abhängig sein dürfe, umsonstener, als in Deutschland weitgehende innere Veränderungen vorgenommen seien. Deutschland werde die Ruinen wieder aufbauen müssen. Aber wenn es Deutschlands Arbeitsfähigkeit übersteigt, können Sie auch Deutschland dann noch zwingen, es wieder gut zu machen? Mayeras erwiderte: „Auf dem linken Meiner gibt es Industrielle, die ein Interesse daran haben, an Frankreich zu kommen, aber ich bin gegen solche Annexion.“

Deutschland und Ost-Ostereich.

In der „Deutschen Allgem. Zeitung“ heißt es unter der Überschrift: An Ost-Ostereich!

Es ist klar, daß Frankreich mit allen Mitteln einer gänzlich gescheiterten Diplomatie und Presse jede Verstärkung des Deutschlands zu hintertreiben sucht und daher einem wirtschaftlichen

Zusammenschluß aller Staaten der alten Donaumonarchie energisch das Wort redet. Damit würden die österreichischen Deutschen dem Slaventum in aller Zukunft auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein.

Gerade dieses Projekt aber findet den schärfsten und wohl auch den begrifflichsten Widerstand im Lager der Entente selbst, dem Italiens wirtschaftliche Pläne werden dadurch aufs empfindlichste durchkreuzt und seine gesamte Presse läßt keinen Zweifel darüber, daß das italienische Volk durch die von Frankreich betriebene einseitige Unterstützung der österreichischen Wünsche aufs schärfste verletzt ist. Sie geht sogar soweit, die dauernde Festschließung Frankreichs am Rheine energisch zu bekämpfen und dazu gesellen sich immer wieder englische Stimmen, die bereit sind, den rein deutschen Charakter weiter Strecken Österreichs und ihren Anschluß an das Deutsche Reich als die gegebene Lösung nach dem Selbstbestimmungsrecht offen anzuerkennen.

Dürfen wir da die Hände in den Schoß legen, dürfen wir Volksgenossen, die zu uns halten, durch unsere Gleichgültigkeit zurücklassen? Waren nicht sie es, die in den ganzen schweren Jahren den Bundesgedanken immer wieder belebten und mit dem Blute ihrer Besten unter den unglücklichsten Schicksalen an der Front und im Lande für ewige Zeiten besiegelt haben.

Wir hören mit Freude, daß in nächster Zeit eine Versammlung der Reichsregierung erscheinen wird, die den Deutsch-Ostereidern im Reiche das Recht gibt, an unsere Wahlen teilzunehmen. Damit ist ein Anfang gemacht. Wir dürfen aber nicht dabei stehen bleiben. Zeigen wir durch die Tat, daß wir in die hingestreckte Hand mit Begierde eintreten. Acht Millionen gute Deutsche, die im Kampfe um ihr Alles, stehen, dürfen nicht verloren gehen. Wir brauchen sie.“

Die russischen Volksgewissensführer in Berlin.

Wie verschiedene Berliner Morgenblätter hören, hält sich der bekannte Volksgewissensführer Kibel noch immer in Berlin auf. Auch der ehemalige Gesandte der Sowjetrepublik Joffe hat sich wieder den Willen der Regierung in Berlin eingefunden. Die demokratische „Berl. Volksztg.“ schreibt dazu: „Daß Kibel immer noch da ist, sollte man kaum für möglich halten, daß aber auch Joffe zurückgekommen ist, grenzt ans Unglaubliche. Wenn die Regierung sich dieses russische Gefindel nicht vom Leibe halten kann, beraubt sie sich jedes moralischen Rechtes.“

Wie eine Berliner Korrespondenz erfährt, werden die Vertreter der Sowjetrepublik von jetzt ab in Deutschland bleiben, um die Bewegung der Spartakusgruppe gegen den internationalen Kapitalismus und für ein Zusammengehen des deutschen mit dem russischen Proletariat zu unterstützen.“

Eisenbahnerausstand in Danzig.

Die Eisenbahner der Eisenbahndirektionsbezirks traten am Freitag mittag in den Streik und unterbanden den gesamten Eisenbahn- (Personen- und Güter-) Verkehr im Eisenbahndirektionsbezirk, weil ihre Lohnforderungen, die auf einen Stundenlohn von 2,40 Mark hinauslaufen, nicht bewilligt worden waren. Aus den Verhandlungen mit dem Vollzugsamt wurde von der Regierung in Berlin ein Telegramm gerichtet mit der Bitte, einen Kommissar nach Danzig zu entsenden. Es wurde beschlossen, daß der Zugverkehr sofort wieder zugelassen werden solle, jedoch bleiben die Arbeiter der Eisenbahnhauptverwaltung vorläufig im Ausstand. Sollten die Verhandlungen in den nächsten drei Tagen nicht zu einem günstigen Abschluß geführt werden, so wird der Streik fortgesetzt.

Die Streikunruhen in Oberschlesien.

Dem „Oberschles. Kurier“ zufolge kam es am 3. Jan. nachm. 4 Uhr, vor dem Gebäude der Berginspektion in Widzschlitz zu einem Zusammenstoß zwischen streikenden Bergleuten und Militär. Im Gebäude der Berginspektion war ein Maschinen- gewehr aufgestellt. Als einige junge Burschen den Raum über- steigend und anschließend die Wache angreifen wollten, wurde aus dem Maschinengewehr zunächst ein Warnschuß abgegeben. Ein junger Bursche wollte mit einem Revolver auf das Fenster schießen, hinter dem sich das Maschinengewehr befand, worauf die Wache mit Maschinengewehrfeuer antwortete. Zahlreiche Personen der unten angekommenen Menge wurden getroffen. Bis her sind 20 Tote und eine Menge Verwundete festgestellt.

Freiwilliger Opfertod.

Aus Katowitz wird unterm 4. Jan. gemeldet: Berg- rat Joffsch ist freiwillig aus dem Leben gegangen. Er hat diesen Schritt in folgendem Schriftstück erklärt:

„In die ober-schlesischen Berg- und Hüttenleute! Nachdem wir uns vergeblich bemüht haben, Euch durch Worte zu belehren, habe ich mich entschlossen, es durch eine Tat zu versuchen. Ich will sterben, um Euch zu beweisen, daß die Sorgen, die Ihr über unser beneidetes Dasein verhängt, schlimmer sind als der Tod. Wohl gemerkt also, ich opfere mein Leben, um Euch darüber zu belehren, daß Ihr Unmögliches fordert. Die Befehle, die ich Euch aus dem Grabe zurufe, lautet: Mißhandelt und verachtet Eurs Beamten nicht. Ihr braucht sie und findet keine anderen, die bereit sind, mit Wahnsinnigen zu arbeiten. Ihr braucht sie, weil Ihr den Betrieb ohne Leiter nicht führen könnt. Nehlen die Leiter, dann zerlegt der Betrieb und Ihr müßt verhungern mit Euren Frauen und Euren Kindern und hunderttausenden von unschuldigen Bürgern. Die eindringliche Mahnung, die ich an Euch richte, ruft zu eifriger Arbeit. Nur wenn Ihr mehr arbeitet als vor dem Kriege und Eure Ansprüche bescheiden werden, kommt Ihr auf Zufuß von Lebensmitteln und auf erträgliche Preise rechnen. Da ich für Euch in den Tod gegangen bin, schüßt meine Frau und meine kleinen Kinder und helft ihnen, wenn sie durch Eure Torheit in Not geraten. Bonniwerl. 1. Januar 1919. Joffsch.“

Ein ober-schlesischer Freistaat?

Wie der Wauzener Mitarbeiter des „Dress. Anz.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, haben die Wenden wieder die Absicht, im deutschen Reichsverbande zu bleiben, noch mit den Tschechen eine Republik zu gründen, sondern sie wünschen einen ober-schlesischen Freistaat mit einer Doppelverwaltung, ähnlich wie es in Wähnen der Fall ist. Hinter dieser Forderung stehen alle Wenden beider Konfessionen.

Die Vergewaltigung der deutschen Truppen im Osten.

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Anlässlich der unerhörten Vergewaltigung, der die deutschen Truppen im Osten unterworfen werden sollen, hat nach den übereinstimmenden Kundgebungen der Reichsregierung und der Waffenstillstandskommission nunmehr auch die deutsche Oberste Heeresleitung in Spaa ausdrücklich u. a. erklären lassen:

Artikel 3 und 4 des Waffenstillstandsabkommens fordert ursprünglich sofortige Zurückziehung der deutschen Truppen im Osten. Auf die deutsche Anregung, die ebenso im deutschen Interesse wie in dem der Allgemeinheit erfolgte, wurde der Wortlaut geändert. Deutschland hat damit nicht die Verpflichtung übernommen, im Osten für Ordnung zu sorgen, sondern lediglich die Berechtigung erhalten, erst allmählich zu räumen.

Die von Deutschland freiwillig übernommene Aufgabe, im Osten für Ordnung zu sorgen, wurde erfüllt, solange dies möglich war. Der Rückmarsch wurde erst angeordnet, als sich die deutschen Truppen zu schwach und leider auch zu ungewillig erwiesen. Die Alliierten wurden hierunter unterrichtet. Nachdem im Vertrag vereinbart war, daß die deutschen Truppen möglichst lange im Osten verbleiben sollen, mühte erwar- tet werden, daß die Alliierten, wenn sie wirklich Wert darauf setzten, die kleinen Völker im Osten zu schützen, die Deutschen nicht geradezu verhindert, ihre Aufgabe durchzuführen. Dies ist aber tatsächlich der Fall gewesen.

Die Alliierten erklären sich jetzt zwar solidarisch mit der polnischen Regierung. Sie haben aber z. B. nicht zu verhindern gesucht, daß die Polen die Eisenbahnen nach Deutschland abschneiden und damit die Lebensmöglichkeit der deutschen Truppen unterbanden. Aber wenn die Deutschen in der Ukraine kämpfen sollten, so müßten sie Waffen, Munitionsvorräte haben. Man dürfe sie ihnen nicht, wie dies z. B. in Odesa geschehen ist, zum großen Teil wegnehmen. Durch ihre eigene Handlungsweise haben die Alliierten somit das von ihnen gewünschte Verbleiben der deutschen Truppen in den besetzten Gebieten des Orients selbst in hohem Maße erschwert.

Eindringlich wird ferner darauf hingewiesen, daß nach der von den Alliierten ansehend beabsichtigten einwirkenden Bekämpfung der deutschen Truppen die Gefahr des Bolschewismus für die östlichen Länder außerordentlich gesteigert werde, nicht zum wenigsten für Polen, wo bolschewistische Ideen weitverbreitet sind und keinen Widerstand wie in einem altbesetzten Staate finden. Schließlich muß betont werden, daß die Deutschen gezwungen werden würden, waffenlos das von feindlichen Spitzbürgen vererbte Land, das einer streifen Regierung zur Zeit völlig entbehrt, zu durchziehen. Schuldlos in Winterzeit dem Rauben und Morden ausgesetzt werden. Die bisherigen Erfahrungen hierin reden eine deutliche Sprache. Es kann nicht die Absicht der Alliierten sein, weitere Gewalt hervorzuufen.

Die deutsche Oberste Heeresleitung erwartet daher, daß in Anerkennung der vorgebrachten Gründe eine würdige Lösung für die Rückkehr der deutschen Truppen aus dem Osten gefunden wird.

Wilson in Rom.

Präsident Wilson traf, wie Reuters meldet, am 3. Januar in Rom ein. Am Bahnhof wurde er vom König, der Königin, den Ministern und den Deputierten empfangen. Eine ungeheure Menschenmenge begrüßte ihn mit großer Begeisterung.

Keine Pässe für die französischen Sozialisten nach der Schweiz.

Die französischen Regierung hat, wie der „Vorwärts“ berichtet, den französischen Sozialisten für die Teilnahme an der internationalen Konferenz in der Schweiz die erbetenen Pässe aberkannt.

Weitere Einberufungen in Japan.

Der Londoner „Morningpost“ zufolge haben die Japanesen am 30. Dezember die Einberufung von fünf weiteren Jahres- klassen angeordnet.

Baden.

Karlsruhe, 4. Januar.

Vom 1. Januar 1919 ab können die Krankenanstalten und Krankenkassen sowie die Apotheken und sonstigen Kleinhandlungen Verbandwatte im freien Handel beziehen. Bezugsquellen können bei der Vereinigung deutscher Verbandwattfabrikanten, Berlin W. 8, Krausenstr. 17/18, nachgewiesen werden, wenn ein Lieferant hier und da nicht in der Lage sein sollte, liefern zu können. Der Rezeptzwang für Verbandwatte fällt vollständig weg, demnach ist auch die Abgabe von Packungen von über 100 g ohne Rezept gestattet. ..

Durch Bekanntmachung der Reichsbeleidigungsstelle über die Erweiterung der Freiliste vom 19. Dezember 1918 wurden vom Bezugszwang weiterhin befreit: Fertige Frauen- und Mädchenwintermäntel oder Umhänge, fertige Tisch-, Kommoden-, Flügel- oder ähnliche Decken, Billrothhaft, Aggrin, Schlangenhaut, Regenhaut und daraus hergestellte Gegenstände. ..

Zwecks Erledigung sämtlicher noch schwebenden Fragen, die sich auf die elsass-lothringischen Flüchtlinge von nicht altdeutscher Abstammung beziehen, ist eine Zentralstelle in Pehl errichtet worden, die bereitwilligst in besagter Hinsicht jedwede Auskunft erteilt. Die Anfragen bezw. Anträge sind unter folgender Adresse schriftlich einzufenden: Direktor Gul. Bauer, Vertreter des elsass-lothringischen Flüchtlingskomitès, Bezirksamt Pehl. ..

Freifahrt für mittellose Flüchtlinge aus Elsass-Lothringen.

Aus Elsass-Lothringen ausgewiesene mittellose Flüchtlinge erhalten auf den deutschen Bahnen freie Fahrt ab der Übergangsstation nach dem neuen Aufenthaltsort. Die Freifahrt werden für die 4. Klasse, in besonders gearteten Fällen (hohes Alter, Krankheit) auch für die 3. oder 2. Klasse ausgestellt. Die Ausstellung der Freifahrtscheine erfolgt im allgemeinen durch die Betriebsinspektionen, erforderlichenfalls auch durch die Übergangsstationen. Ausweise von Behörden (Bezirksämtern usw.) dürfen als Fahrkarte nicht benutzt werden. Diese Ausweise dienen lediglich zur Erlangung eines Freifahrtscheines bei der betreffenden Eisenbahndienststelle.

... Auslieferung des ... am 6. Dez. im Jug D 3 eine Handtasche mit 19 M. 08 Pf., abgeliefert in ... am 9. Dez. im Jug 883 ein Handtäschchen mit 16 M. 66 Pf., abgeliefert in Karlsruhe; am 12. Dez. im Jug 1211 ein Geldbeutel mit 21 M. 10 Pf., abgeliefert in Engberg; am 13. Dez. auf dem Bahnhof in Offenburg eine Briefmappe mit 22 M.; am 14. Dez. auf dem Bahnhof in Freiburg-Preisgau der Betrag von 10 M.; am 15. Dez. im Jug 981 ein Geldbeutel mit 4 M. 58 Pf., abgeliefert in Heidelberg; am 19. Dez. im Jug 1287 der Betrag von 4 M. 20 Pf., abgeliefert in Kottatt; am 20. Dez. im Jug 1511 ein Geldbeutel mit 2 M. 98 Pf., abgeliefert in Denslingen; am 20. Dez. auf dem Bahnhof in Konstanz ein Geldbeutel mit 3 M. 25 Pf.; am 21. Dez. auf dem Bahnhof in Bretten der Betrag von 3 M.; am 21. Dez. auf dem Bahnhof in Pflzingen, der Betrag von 6 M.; am 21. Dez. im Jug 904 ein Geldbeutel mit 19 M., abgeliefert in Weil-Leopoldsdörbe; am 23. Dez. im Jug 1232 eine Handtasche mit 6 M. 26 Pf., abgeliefert in Wilsbergingen; am 24. Dez. auf dem Bahnhof in Hausen-Steinbach, der Betrag von 5 M. 10 Pf.; am 24. Dez. im Jug 1646 ein Geldbeutel mit 5 M. 70 Pf., abgeliefert in Schopfheim; am 26. Dez. auf dem Bahnhof in Hirschsprung eine Handtasche mit 11 M. 10 Pf.; am 26. Dez. auf dem Bahnhof in Kottatt der Betrag von 6 M. 48 Pf.; am 26. Dez. auf dem Bahnhof in Sautal ein Geldbeutel mit 6 M. 15 Pf.; am 27. Dez. auf dem Bahnhof in Denslingen ein Täschchen mit 20 M. 45 Pf.

... Der Evang. Oberkirchenrat hat am 23. Dezember d. J. den Finanzsekretär Wilhelm Reiber bei der Evang. Stiftungsverwaltung Karlsruhe berufen.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen etc. der etatmäßigen Beamten der Gehaltsstarkeabteilungen H bis K sowie Ernennungen, Versetzungen etc. von nichtetatmäßigen Beamten.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Innern.

Ernannt:
Militäradvokat, Schutzmann Karl Ulrich in Freiburg zum Rangassistenten beim Bezirksamt Pforzheim.
Etatmäßig:
Hilfskassierin Luise Dietrich am Friedrichsbad in Baden als Kassierin am Augustabad in Baden.
Berufen:
die Kassierin Emilie Schade vom Augustabad in Baden an das Friedrichsbad dorthier.
Rangassistent Paul Steiner beim Bezirksamt Freiburg zum Bezirksamt Karlsruhe (statt Pforzheim).
— Verwaltungshof. —
Gestorben:
Wärter Hermann Bähler II. bei der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen am 10. Dezember 1918.

Badische Landwirtsch.

Am morgigen Sonntag finden die Wahlen zur badischen Nationalversammlung statt. Es darf wohl angenommen werden, daß der für das Geschick des Landes außerordentlich bedeutsame, ja entscheidende Tag in würdiger und ruhiger Weise verlaufen wird. Diese Überzeugung teilt auch die vorläufige Volksregierung, wie aus ihrem geistigen Aufsatz an die Arbeiter, Bauern- und Volksräte hervorgeht. Damit übrigens der Zweck der Stimmabgabe erfüllt werde, ist es erforderlich, daß die Wahlberechtigten genau eingehalten werden. Es sei deshalb nochmals daran erinnert, daß jede Veränderung des Wahlzettels diesen unzulässig macht. Es dürfen auf dem Wahlzettel keine Namen geschrieben und keine Zahlen abgeändert, keine Zusätze und Bemerkungen gemacht werden, denn dadurch wird der Wahlzettel unzulässig und der Wähler entäußert sich des Wahlrechts.

Die Städte der Städteordnung haben sich nach mehrfacher Beratung über die Satzungen des Verbandes der badischen Städte der Städteordnung geeinigt. Daran ist namentlich an Stelle der Oberbürgermeisterkonferenz der Vorstand des Verbandes getreten. Zum Vorsitzenden des Vorstandes wurde Oberbürgermeister Gabermeil in Pforzheim, zum stellvert. Vorsitzenden Oberbürgermeister Siegfried in Karlsruhe und zum Schriftführer Oberbürgermeister Meißner in Bruchsal gewählt.

Eine Landesdelegiertenversammlung des Bundes der Landwirte für Baden hat beschlossen, die Landesorganisation des Bundes der Landwirte unter der Bezeichnung „Badischer Bauernbund“ auf eine weitere Grundlage zu stellen, der Reichsorganisation des Bundes der Landwirte aber treu zu bleiben.

Die Badische Landwirtschaftskammer, die bereits im vorigen Jahre in ihrer Vollversammlung beschlossen hatte, die während der Kriegszeit erübrigten Mittel für die Durchführung landwirtschaftlicher Meliorationen zu verwenden, hat sich dieser Aufgabe angenommen, eine besondere kulturelle und betriebswirtschaftliche Abteilung zu diesem Zwecke errichtet und bereits mehrere größere Projekte in Bearbeitung und Durchführung genommen. Freilich reichen die von der Landwirtschaftskammer zur Verfügung stehenden Mittel bei weitem nicht aus, um selbst nur die erfolgversprechendsten und deshalb dringlichsten, aber immerhin zahlreichen Meliorationen auszuführen. Sie hat deshalb beschlossen, sich an leistungsfähige Industrielle oder andere Unternehmungen und Firmen mit der Bitte um Unterstützung zu wenden, wie sie auch bei der Regierung Unterstützung erhofft.

Das städtische Landwirtschaftsamt in Karlsruhe hat die Frage der Durchführbarkeit und Wirtschaftlichkeit des Projekts der Ruhrarmachung der Kanalarbeiter durch Anlage von Rieselfeldern und Rieselflächen auf dem Hochgebirge bei Reisch und Welschneureuth befragt. Der Stadtrat hat das Projekt nunmehr dem Ministerium des Innern zur nochmaligen eingehenden Prüfung im Benehmen mit den weiteren zuständigen Staatsstellen vorgelegt.

Am den Bau von Einfamilienhäusern für Kinderreiche Familien zu fördern, hat der Stadtrat in Karlsruhe beschlossen, den Erbauern solcher Häuser durchgangene oder teilweise nachgelassene, Kanal- und Gehwegkosten entgegen zu kommen.

Der erste Syndikus der Karlsruher Handelskammer, Dr. Richard Planer, der 40 Jahre lang bei der Handelskammer gebient hat und im 72. Lebensjahr steht, trat in den Ruhestand. An seine Stelle tritt der seit vier Jahren als zweiter Syndikus bei der Kammer tätige Dr. Fricke.

Die Gemeinnützige Baugenossenschaft Baden-Baden hat dem dortigen Stadtrat den von Professor Schmitt-Heimer-Struttart gefertigten Entwurf eines Siedlungsprojekts im Ostwinkel eingereicht mit dem Antrag auf Vorbehalt des Geländes für diesen Zweck, Überweisung eines

Teils, desjenigen für teilweise als baldige Ausführung in Erbpacht an die Genossenschaft und Herstellung der dafür nötigen Straßen und Versorgungsleitungen sowie Kapitalbeteiligung der Stadtgemeinde an der Genossenschaft. Der Stadtrat überwiegt das Projekt zunächst dem Tiefbauamt zur Vorprüfung und stellte der Genossenschaft im übrigen mögliches Entgegenkommen in Aussicht. Beim Ministerium des Innern beantragt der Stadtrat die Zusage der Gewährung der Baukostenzuschüsse von Reich und Staat für in Baden-Baden auszuführende, die Wohnungsfürsorge für die minderbemittelte Bevölkerungskreise dienende Bauten. Das Wohnungsamte erhielt Auftrag, Vorschläge zu machen, wie durch Ausnützung insbesondere geeigneter Dach- und Ladenräumlichkeiten Notwohnungen mit Baukostenzuschüssen hergestellt werden könnten.

Der Gemeinderat in Triberg hat beschlossen, von Ostern 1919 an allgemeine Lehrmittelfreiheit an der Volksschule einzuführen. Als Weihnachtsgeschenk verteilte die Stadtgemeinde an jede Kriegserwitte 10 M., an jedes Kind 5 M. und 3 Lebkuchen. Kriegserwitte, deren Männer in Gefangenschaft sind, erhielten je 10 M.

Das Mannegeiment Großherzog Friedrich von Baden (Aheinisches Nr. 7) hat dem Reichswaisenhaus in Lahr den Betrag von 8770 M. überandt zur Unterstützung von Kriegserwitte. Das Geld wurde aus dem Verlaufe einer im besetzten Gebiet befindlichen Kinnanlage des Regiments erlöst.

Zu den andern großen Nöten unseres Landes haben sich in der jüngsten Zeit auch noch vielfache Schäden durch Hochwasser gestellt, so in St. Blasien, wo eine Anzahl von Wohnungen, deren Keller unter Wasser standen, geräumt werden mußten. Auch anderwärts sind infolge des andauernden Regens die Ströme und Flüsse unseres Landes stark gestiegen. Jetzt scheint nach den amtlichen Wasserstandsberichten ein kleiner Stillstand, vielleicht auch ein Rückgang stattzufinden.

Nach einer Mitteilung der Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnervereinigungen hat Oberbaupinspektor Blum in Eberbach eine Konstruktionsmaßnahme, um auch Einarmige im Eisenbahnsignaldienst und zwar speziell in der sogenannten Mordbedienung auf großen Stellwerken gut verwenden zu können. Diese Hilfsmittel dürften den Kriegsbeschädigten wohl bald zu Nutzen gereichen, da sie, der erwähnten Mitteilung zufolge, bereits günstige Aufnahme gefunden hat.

Helfer und Helferinnen, die im Ausland im Dienste der Heeresverwaltung tätig waren und dort entweder einer Betriebskrankenkasse als Mitglied angehört oder vertraglich Anspruch auf Krankenfürsorge gegen die Heeresverwaltung hatten, können „Krankenhilfe“ in der Heimat in Anspruch nehmen, wenn sie innerhalb 3 Wochen nach der Entlassung erkrankten, ohne inzwischen Mitglied einer andern Krankenkasse geworden zu sein. Das Kriegsministerium hat die Krankenkassen durch Vermittlung des Reichsversicherungsamts gebeten, den Helfern in ihrem jeweiligen Aufenthaltsorte „Krankenhilfe“ für Rechnung der zuständigen Betriebskrankenkasse oder der Heeresverwaltung zu veranlassen, wenn sie sich durch ihre Verträge oder sonstigen Papiere über ihre Berechtigung ausweisen können. Ist ihnen dies nicht möglich, dann tun sie gut, sich schleunigst an die Kriegsamtstelle zu wenden, durch deren Vermittlung sie den Dienst im Ausland angetreten haben, damit ihnen von dort die nötigen Ausweise ausgestellt werden können.

Mannheim, 4. Jan. Bei Eröffnung einer Wahlversammlung der Deutschen demokratischen Partei kam es zu stürmischen Kundgebungen von Unabhängigen und Spartakusleuten, so daß die Versammlung alsbald wieder geschlossen werden mußte.

Rum wollte, wie die „B. Fr.“ meldet, die Gegenpartei die Versammlung weiterführen, aber hiergegen wandten sich denn die demokratischen Anwesenden. Da die Versammlungsteilnehmer den Saal nicht verlassen, kam es schließlich zu einer Einigung zwischen den beiden Richtungen, daß abwechselungsweise Redner der verschiedenen Parteien zu Worte kommen sollten.

Die Versammlung nahm dann unter dem Vorbehalt je eines Anhängers der Demokraten und der Unabhängigen einen äußerst stürmischen Verlauf. Es kam mehrfach zu Tätlichkeiten, wobei von Spartakusleuten mehrere demokratische Anhänger aus dem Saal entfernt wurden.

Wie ein Redner der Unabhängigen erklärte, war ihr Verhalten die Besand gegen die tätliche Verleumdung ihres Führers Redner durch den Parteisekretär der früheren national-liberalen Partei in der letzten Versammlung des Mannheimer Volksrats, die auch Stadtverordneter Jhrig geleitet hatte.

Rodolfzell, 3. Jan. In Dornheim wurde, wie schon gemeldet, am Dienstag eine Dame festgenommen, die 500 000 Mark Gold und auch Schmuckstücke in hohem Werte nach der Schweiz bringen wollte. Angehoben wurde dabei einer ihrer beiden Helfer, ein früherer Grenzschutzbai von hier, der, nachdem er nach dreimaligem Auf nicht fallend, einen Schuß von hinten in die Leber bekam. Die Festnahme gelang der Kriminalpolizei, die in Konstanz schon Verdacht auf die Festgenommenen schöpfte. Wie die „Kont. Ztg.“ hört, handelt es sich um das Ehepaar Lauphold aus Berlin.

Zeitschriftenhan.

„Verleumdete Bilder“, besteht sich ein umfassender, reich illustrierter Beitrag von Professor Dr. E. M. Vredt in der soeben erschienenen Nummer 3999 der Zeitschrift „Illustrierten Zeitung“, der an der Hand vieler Beispiele zeigt, wie wichtig man mit seinen Urteilen über Kunstwerke sein muß, will man oftmals später nicht als unverständiger Ignorant erscheinen. Werden doch fast alle jetzt berühmten Meister der Kunst am Anfang wie Revolutionäre behandelt und als Umstürzler der guten alten Zeit und Schönheit belächelt. Wer von ihnen wurde nicht verleumdet und als Ketzler, als Kämpfer gegen die Kunst, als Freireisender und Tempelschänder und als Reformist, wenn die Menge unisono auf ihn loszog. Die Weltgeschichte der Kunst präsentiert sich als ein Drama, in dessen Verlauf die Kunst durch die Kunstgeschichte vertritt. Auch sonst enthält die vorliegende Nummer der „Illustrierten Zeitung“, die jetzt wieder ihren Friedenscharakter angenommen hat und sich inhaltlich immer neue Ziele steckt, wieder zahlreiche fesselnde Bilder und Texte. Die „Illustrierte Zeitung“ vereinigt in sich eine aktuelle Wochenschrift, ein belletristisches Unterhaltungsblatt, eine Kunstzeitschrift, eine belehrende Umschau und ein allgemein verständliches wissenschaftliches Organ. Ihr Widerstand ist hervorragend. Der vierteljährliche Abonnementpreis beträgt nur 13 Mark.

Aus der Landeshauptstadt.

Sozialismus und geistige Arbeit. Am Donnerstag hielt der Vorkursauschuss des Volksrates im großen Rathsaal seinen 2. Vorkursabend ab. Der Redner, Regierungsrat Dr. Hans Kampffmeyer, ging in seinem Vortrag über: „Sozialismus und geistige Arbeit“ zunächst auf die Frage ein: „Was ist Sozialismus?“ — Sozialismus bedeutet, so führte

er aus, Vergesellschaftlichung oder Vergesellschaftung. Der Sozialist will unsere Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsordnung, die bisher auf der Grundlage des Privateigentums ruhte, auf der Grundlage des gemeinsamen Eigentums neu aufbauen. In der Hand der Geschichte des letzten Jahrhunderts besprach der Redner die Missstände, welche durch die Entwicklung des Kapitalismus für unsere Produktion u. für die dabei beteiligten Hand- u. Kopfarbeiter herbeigeführt habe. Alle Bemühungen, eine deutsche Volkskultur zu schaffen, würden nur dann Erfolg haben, wenn es gelinge, die hierbei unerlässlichen höheren Arbeits- und Lebensbedingungen auch für diejenigen Bevölkerungsschichten durchzusetzen, die unter der Herrschaft des Kapitalismus von der Teilnahme am kulturellen Leben ausgeschlossen blieben. Diese höhere Arbeits- und Lebensbedingungen, also die Voraussetzungen, welche Volkskultur zu schaffen, sei das Ziel des Sozialismus. Er wolle dieses Ziel dadurch erreichen, daß er die Produktionsmittel, soweit die Betriebe dafür reif sind, verstaatliche, und zwar sei unter der Vergesellschaftung nicht allein die Verstaatlichung zu verstehen, sondern auch die Verstaatlichung und die Vergesellschaftlichung.

Der Redner führte weiter aus, daß bereits in den letzten Jahrzehnten die Vergesellschaftung große Fortschritte gemacht und wie in vielen großen Betrieben, bei den großen Arbeitervereinigungen, Syndikaten und Trade Unions die schon jetzt durch angestellte Beamten geleitet werden, der Übergang zur Vergesellschaftung unter Übernahme dieses Beamtenapparates ohne sonderliche Schwierigkeiten vor sich gehen könnte. Er schloß mit einem warmen Appell an die geistigen Arbeiter, sie möchten nicht verständnislos und herabsetzend bei Seite stehen, sondern mit ihren Brüdern vom Pflug und vom Strampfad Hand in Hand arbeiten, um im neuen deutschen Volkstaat auch das geistige Leben zur Entfaltung zu bringen.

Den Vortrag schloß sich eine lebhaft diskutierte an. Dr. Vernau trat für die höheren Schulen ein und erklärte auch die Schule sei mit der Zeit fortgeschritten und nicht bei der Unterrichtslehre, die sie vor 20, 30 Jahren gehabt habe, stehen geblieben. Ein anderer Redner meinte, man müsse wieder zu dem alten System, das doch ganz schön und gut gewesen sei, zurückkehren. Geheimrat Zimmermann bringt der Sozialisierung Mißtrauen entgegen und meint es sei eine Frage, deren Lösung vielleicht erst nach Jahrhunderten möglich sei. Die Herren Dr. Kullmann, Ehringer und Branner traten lebhaft und erweiternd den Ausführungen des Redners bei. Nach einem kurzen Schlußwort des Herrn Dr. Kampffmeyer ging die Versammlung auseinander.

Der Verkehrsverein Karlsruhe (V.V.) hatte sich beiläufig im Laufe des letzten Sommers entschlossen, den Verwundeten und Kranken in den kriegigen Lazaretten, soweit sie ausgehen konnten, die Lebenswürdigkeiten der Stadt und ihrer Umgebung zu zeigen und ihnen am Schluß der jeweiligen Führungen eine gemütliche Stunde im Kreise von Mitgliefern und Freunden des Vereins zu bereiten, wobei auch Liebesgaben (Zigarren, Zigaretten, Ansichtspostkarten und dergl.) ausgeteilt werden sollten. Der Verein hat sich während der Monate September bis Dezember dieser Aufgabe unterzogen. Nachdem die Lazarette nunmehr größtenteils aufgehoben oder verlegt sind, hat er aber diesen Liebesdienst, der auch wertvolle Kraft für unsere Stadt hatte, eingestellt. In 4 Monaten sind rund 600 Lazarettinsassen geführt worden. Aufgehoben wurden die von der Front heimkehrenden Truppen der Garnison mit Zigarren u. a. beschenkt und auf Weihnachten hat der Verein 16 in kriegigen Krankenhäusern zurückgebliebenen, schwerverwundeten Offizieren Aufmerksamkeit erwiesen. Die Kosten für das ganze Unternehmen, die durchweg aus freundlichen Spenden hiesiger Einwohner aufgebracht worden sind, betragen rund 2000 M. Der Rest des gesammelten Fonds ist dem Verkehrsverein für sonstige Zwecke überwiesen worden.

Na. Spende. Von der Firma Dürkopp & Widmann A.G. für Tiefbau-Unternehmungen für Beton- und Eisenbetonbauten hier wurden dem Oberbürgermeister 2000 Mark für wohltätige Zwecke überandt. Nach den Wünschen der Spender wurde die Hälfte dieser Summe dem Ortsauschuss Karlsruhe des Badischen Heimatbundes, die andere Hälfte der städtischen Kriegsamilienfürsorge überwiesen.

Weitere Nachrichten.

Eine Lohnverordnung der preussischen Regierung.
Das R.L.V. berichtet: Da die Löhne der Arbeiter in neuester Zeit auf Drängen der Arbeiter vielerorts eine Höhe erreicht haben, deren weitere Steigerung nicht mehr mit der herrschenden Teuerung gerechtfertigt werden kann u. unter denen das gesamte Wirtschaftsleben zum Erliegen kommen muß, hat sich die preussische Regierung veranlaßt gesehen, eine Verordnung zu erlassen, in der es u. a. heißt, daß die Lohnbewegung eine Entwicklung angenommen habe, die weite Gebiete der Gütererzeugung unproduktiv und zum Erliegen bringen müßte. Weder Bergbau, noch Eisenbahn, noch alle übrigen Staatsbetriebe können auf längere Zeit ertragen, daß ihre Ausgaben ihre Einnahmen übersteigen. Diese Gefahr ist aber bereits in bedrohlichem Maße eingetreten. Es wird deshalb zur gebieterischen Pflicht der Staatsregierung, dem Anwachsen der Lohnausgaben über das Maß des Erträgliches hinaus mit Festigkeit entgegenzutreten.

Duisburg, 4. Jan. Die Streikbewegung unter den Bergarbeitern hat jetzt auch auf die linksrheinischen Bezüge übergriffen, auf denen ein Teil der Belegschaft ausständig geworden ist. Bis her sind die Zechen Diergart und Rawissen in Mitteleuropa gezogen. Die Belegschaft von Rheinpreußen I lehnte den Anschluß an den Streik ab. Als auf der Zeche Mowitz eine Anzahl der Streikenden der belgischen Sicherheitswache zum Auseinandergehen keine Folge leistet, machte diese von der Waffe Gebrauch, wobei ein Streikender verletzt wurde.

Danzig, 3. Jan. Gestern nachmittag trafen im Hafen von Neufahrwasser an Stelle des erwarteten amerikanischen Kreuzers „Chester“ die beiden amerikanischen Kreuzer „Walz“ und „Gion“ von Swinemünde kommend ein.

Gegen den Grenzschutz im Osten. Die kaiserliche braunschweigische Regierung stellt sich dem von der Reichsregierung geplanten Aufbau von Freiwilligen für den Grenzschutz im Osten entgegen.

Besitz von
Heeresgut aus unläuterer Quellen
wird bestrast mit
Gefängnis
bis zu 5 Jahren und 10000 Mark Geldstrafe.
Darum:
Liefert ab!
Reichsverwertungsamt, Berlin W 8, Friedrichstr. 68.

Staatsanzeiger.

Die badischen vorläufige Vollregierung hat unterm 23. Dezember 1918 dem Vorstand der Rheinbahninspektion Karlsruhe, Oberbahninspektor Friedrich Weithaler unter Ernennung zum Baurat die Stelle eines Kollegialmitglieds bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus übertragen.

Mit Entschließung des Ministeriums des Auswärtigen vom 27. Dezember 1918 wurde den nachverzeichneten Post- und Telegraphenbeamten der Sekretärstitel verliehen und zwar:

- a) der Titel Postsekretär:
- den Postverwaltern: David Leonhardt in Aglasterhausen, Karl Rubin in Buchen, Jakob Weidgenannt in Hardheim, Christian Schleiter in Kelmstadt, Peter Bohnert in Langenbrüden, Ludwig Diehm in Medesheim, Adolf Endle in Oberchesseln, Hugo Müller in Odenheim, Julius Ros in Rosenberg, Theodor Schweinfurt in Schönau (A. Heidelberg), Ludwig Weber in Sodenheim, Alfred Zimmermann in Weisenbach, Karl Schab in Wittighausen;
 - den Ober-Postassistenten: Adolf Kleber, Matthias Probst, Joseph Speng und Joseph Bollmer in Achern, Friedrich Gumpert, Paul Sandel, Adolf Käppel, Leopold Rahmann, Friedrich Otte, Friedrich Suppe und Johann Wild in Baden-Baden, Philipp Vogt und Rudolf Wöhrl in Bretten, Rudolf Bentler, Christian Braun, Hugo Keller, Max Körner, Karl Schiff, Karl Schönbach und Albert Zimmermann in Bruchsal, Karl Braus und Wilhelm Eiermann in Bühl, Martin Werner in Durlach, Robert Hoffmann in Eberbach, Richard Hanke, Karl Metti,

Friedrich Rudmann und Joseph Rüger in Ettlingen, Otto Kessler in Gaggenau, Heinrich Harbarth, Karl Harbarth, Franz Heberling, Heinrich Hillengasch, Alois Kaufmann, Theodor Krug, Felix Dehler, Adolf Sponagel und Eduard Schneider in Heidelberg, Valentin Hahn und Georg Hoffmann in Hohenheim, Emil Bittiger, Joseph Blasse, August Bräuner, Adolf Brunner, Friedrich Eberle, Julius Elble, Edmund Eppler, Wilhelm Fodera, Joseph Köhnel, Friedrich Muser, Friedrich Nagel, Heinrich Neureither, Karl Schlundwein, Otto Staber, Friedrich Steinbühler, August Umbau, August Ullrich, Wendelin Walther, Eduard Wörner und Ludwig Zimmermann in Karlsruhe, Karl Mayer und Robert Mayhaff in Karlsruhe-Mühlburg, Karl Lehrenbach und Ludwig Moschberger in Kehl, Friedrich Weh, Andreas Derr, Karl Dresel, Jakob Fersch, Karl Gerner, Bernhard Giesen, Wilhelm Groß, Georg Haas, Karl Gysfeld, Adolf Hüllerbach, Joseph Kimmel, Philipp Müllig, Wilhelm Naiff, Jakob Sauer, Georg Schadt, Adam Scherrer, Karl Schmitt, Christoph Schwab, Karl Schwab, Friedrich Stech, Cornelius Uehlein, Johann Wirth und Friedrich Zieger in Mannheim, Karl Volkrah in Mosbach, Jakob Wols in Oberkirch, Gustav Brand, Andreas Brenner, Karl Öhring, Philipp Rod, Gebhard Mäder, Joseph Müller, Heinrich Müller und Wilhelm Stemann in Forstheim, Rodius Simon in Malsau, Friedrich Karg und Konrad Moser in Schmiebingen, August Stork in Sinsheim, Wilhelm Brandner und Heinrich Gös in Weinheim;

b) der Titel Telegraphensekretär:

- den Ober-Telegraphenassistenten: Valentin Niegler in Achern, Joseph Brechter in Ettlingen, Heinrich Volk in Heidelberg, Ludwig Korbmann, Gerdwin Ranz, Friedrich Rohert und

Adolf Kösch in Karlsruhe, Franz Lang und Wilhelm Rees in Mannheim, Heinrich Brehm in Forstheim und Ludwig Weinacht in Tauberbischofsheim.

Das Ministerium des Innern hat unterm 16. Dezember 1918 den Unterlehrer Max Bruch in Karlsruhe zum Hauptlehrer an der gewerblichen Fortbildungsschule in Osterburken ernannt.

Das Ministerium des Innern hat unterm 16. Dezember 1918 den Unterlehrer Friedrich Bartholme in Lauda zum Hauptlehrer an der gewerblichen Fortbildungsschule in Steinbach ernannt.

Bekanntmachung.

Die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Apotheke in Dahnersheim, Amt Mosbach, soll neu verliehen werden. Dieselbe wird mit dem Anfügen zur Bewerbung ausgeschrieben, daß der neue Inhaber die vorhandenen Vorräte und Einrichtungen gegen eine, möglichenfalls von dem unterzeichneten Ministerium endgültig festzustellende Vergütung zu übernehmen hat.

Bewerbungen sind unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse binnen 2 Monaten beim Ministerium des Innern einzureichen.

Karlsruhe, den 30. Dezember 1918.
Badisches Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
Pflisterer. Dr. Leuß.

Kaffee-Restaurant Haas

früher Eckschmitt

Besitzer:
Georg Haas
früherer Inhaber des
Kaffee Erbprinz

Eröffnung

Samstag, 4. Januar,
nachmittags 4 Uhr.

Amtliche Bekanntmachung.

Bad. Baugewerkschule Karlsruhe.

Kostenlose Kostenersteller sollen für Kriegsteilnehmer, die Schüler der Anstalt waren, an Stelle von anfänglich vorgesehenen Vorbereitungsstellen treten und als Kostenersteller gelten. Derzeit erfolgte Anmeldungen bleiben bestehen. Weitere Anmeldungen unverspätet. Beginn 14. Januar 1919. Schluß Mitte April.

Vorstehende Bekanntmachung bringen wir zur öffentlichen Kenntnis.
Karlsruhe, den 2. Januar 1919.
Bezirksamt — Polizeidirektion.

Badisches Landestheater

Im Konzerthaus:

Samstag, den 4. Januar 1919, abends 7 Uhr:
„Der Troubadour“
Sonntag, 5., mitt. 2 Uhr; Sonntag, 5. abends 7/7 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen **Liebe im Schnee**
Sondervorst. z. erm. Preisen. Sondervorst. z. erstmal.

Deutsch-nationale Volkspartei

(Christliche Volkspartei in Baden).

Stimmzettel

- unserer Partei beginnen mit
1. Schöpfle bis 33. Baumann
und sind zu haben:
- bei der Geschäftsstelle Nowak-Anlage 5 (Südstadt),
 - in der Buchhandlung Müller & Gräff, Seminarstraße und Marktplatz (Mittelstadt),
 - Buchhandlung Rindt, Kaiserstraße (Mittelstadt),
 - Buchhandlung Müller & Gräff, Mühlburgertor (Weststadt),
 - Kaufmann Schuler, Soffenstraße 51 (Weststadt),
 - Kaufmann Koll, Lachnerstraße 19 (Oststadt),
 - Herrn Wieland, Maxastraße 47 (Mühlburg),
 - Papierhandlung Pfeiffer, Kurvenstraße 23 (Südweststadt).

Technische Hochschule Karlsruhe.

Das Wintersemester wird bis zum planmäßigen Schluß, d. h. bis zum 1. Februar, ordnungsgemäß weitergeführt. Im Januar beginnen neben dem fortlaufenden Unterricht eine Reihe neuer Vorlesungen und Wiederholungskurse, über welche das Wei. ter am schwarzen Brett bekannt gegeben wird.

Das Sommersemester wird durch frühzeitigeren Beginn verlängert. Beginn der Einschreibungen 17. März, Beginn des Unterrichts am 27. März. Osterferien vom 17.—27. April, Pfingstferien vom 8.—15. Juni.

Die gewonnene Zeit soll vor allem zu einer breiteren Behandlung des Stoffes mit Einschaltung von Wiederholungen notwendiger Grundlagen benutzt werden. Bei solchen Vorlesungen, die eine Fortsetzung von Wintervorlesungen sind, wird eine kurze Übersicht über den im Wintersemester behandelten Stoff zur Einführung in das Sommersemester gegeben werden. Weiter soll durch das längere Semester den Herren Studierenden Gelegenheit gegeben werden, ihre Studienarbeiten unter Leitung ihrer Lehrer in den Abungen weiter zu fördern. Näheres zu erfragen beim Sekretariat.

Rektor und Senat.

Zur Aufklärung!

Im „Karlsruher Tagblatt“ reitet ein neu-deutscher Demokrat unter dem Decknamen „Junius“ eine Altkade gegen unsern Wahlaufsatz.

Wir halten geglaubt, das deutsche Bürgerturn werde angesichts des Ungeheuren, das uns bevorsteht, sich zu einigen wissen, um gemeinsam die politische, wirtschaftliche und soziale Anarchie, die uns droht, abzuwehren. Es hat nicht sollen sein!

Diese „deutsche“ Demokratie, hervorgegangen aus dem Bolschewismus Berlins und Frankfurts, großgejagt vom „Berliner Tagblatt“ und „Frankfurter Zeitung“, hat die Einigung hintertrieben, weil sie glaubte, ihre Auftraggeber, die international beglaubigten Vertreter des börsianischen Großkapitalismus, lämen zu kurz dabei.

Diese Leute wagen es, von der „Klassenherrschschaft“ anderer zu sprechen, sie, die die markanteste Klasse des deutschen Volkes darstellen und durch ihre Vertreter und Angehörigen in den deutschen Kriegsgesellschaften das deutsche Volk ausgepöwert haben, so daß jetzt

ein einziger Frei der Entzweiung

durch Deutschland hallt, und die Abfägung Berlins, als der großen Schieber- und Wucherer-Zentrale verlangt wird!

War schon nicht die Einigung des deutschen Bürgerturns unter dem Einfluß dieser Kreise zustande zu bringen, so hoffen wir wenigstens, daß in diesem Wahlkampf die bürgerlichen Parteien sich untereinander nicht bekämpfen werden. Auch das soll nicht sein! Ohne jegliche Veranlassung beschimpft das „Karlsruher Tagblatt“ unsere Partei. Das Blatt grübt dabei die ältesten Lügenhüter: es redet von der Junier- und Militärliste, von Abenteuern und Vaterlandsparteitern, von U-Bootkrieg, von Tripit und Rudendorff und macht uns unsere Anhänglichkeit an Kaiser und Großherzog zum Vorwurf. Nun, deutsche Treue ist nicht Jedermanns Sache; das „Karlsruher Tagblatt“, das vor der Revolution ein alldeutsches geachtetes Anzeigenorgan war — so lange es „populär“ schien, sich von den Wogen der Annerionsstimmung zu höheren Abontenzahlen emporblähen zu lassen — und jetzt, nach wenigen Tagen, die früheren „Gefinnungsgenossen“ beschimpft, ist freilich in erster Linie berufen, die Kraftwörter aus dem Schimpflegion der „Frankfurter Zeitung“ und „Berliner Tagblatt“ auf die Gegner anzuwenden.

Es wäre uns ein leichtes, dem Blatt auf diesem Weg zu folgen. Wir begnügen uns aber mit einigen Feststellungen.

Unter dem „alten Regime“, das das „Tagblatt“ jetzt mit Not bewirft, war Deutschland ein mächtiger Staat. Er hatte die beste, ehrlichste, gerechteste Verwaltung und Justiz, anerkannt von der ganzen Welt; dazu das demokratischste aller Wahlrechte. Sein Nationalreichtum stieg von Jahr zu Jahr; die Aus- und Einfuhrerträge vergrößerten sich anhaltend; das Einkommen aller Bevölkerungsklassen vermehrte sich dauernd, der Wohlstand nahm zu; in keinem Land der Welt wurde für die arbeitende Bevölkerung so gesorgt, wie in Deutschland. Und diese großartige soziale Gesetzgebung wurde von den verlästerten Konserwativen unter dem Widerspruch des börsianischen Freisinn mit gleichgerichteten Gefinnungsgenossen eingeführt!

Jahrzehntelang bekämpfte die Demokratie alle auf Wohlgerhen und Fortschritt gerichteten Bestrebungen für das Handwerk, den Gewerbetreibenden und die Kaufmannschaft. Die ganze einschlägige Gesetzgebung auf Fundamentierung des gewerblichen Mittelstandes mußte dem Freisinn durch die Konserwativen und ihre Verbündeten abgerungen werden! Gegen den Schutz der Landwirtschaft und der Industrie entsetzte der Freisinn alle animalischen Vorfeingewalten, weil der Schutz der Profitrate des internationalen Händlerturns herabsetzte.

Wenn sich aber darum handelte, das mobile Kapital zu besteuern, wenn Börsensteuern eingeführt werden sollten, dann bildete der Freisinn eine geschlossene Reihe, um die Mehrbesteuerung zu hintertreiben. Wäre es auf die Demokratie angekommen, so hätten wir heute noch keine Börsensteuer und die flüchtigste Form des mobilen Kapitals wäre bereit von jeder Besteuerung!

Dafür ist aber die Demokratie und ihre Presse überall dabei gewesen, wo es galt, die eigentliche geistige Unterlage der revolutionären Sozialdemokratie zu unterstützen, das nämlich, was es darauf ankam, durch den Geist des anti-christlichen und anti-religiösen alles Verneinende und Zerschende „wissenschaftlich“ zu unterstützen! Nicht die Sozialdemokratie hat die „religiöslose Moral“, die „religiöslose Schule“ erfunden, nicht die Sozialdemokratie hat die Vergötterung eines nihilistischen, überall verneinenden Geistes in Denken und Fühlen unseres Volkes betrieben, das war die Demokratie und die Sozialdemokratie ist nur ihre gelehrige Schützlerin!

Es ist ja klar, was diese Herzen Demokraten wollen; sie jagen zur „Mittler- und Junierliste“: „gang du weg, laß mich na“. Das ist der Zweck der Abung. So versteht man auch die klassische Wendung in dem Tagblatt-Artikel von dem, was zu erstreben ist:

„Eine bürgerlich-demokratische Regierung mit gemäßigtem sozialdemokratischem Einschlag.“

Ja, ja, das ist's. Da kann man am besten sein Schöpfchen scheren: die Herren Börsianer unter sich mit ein paar Renomier-Sozialisten, denen man bei reichhaltigen „Diner“ und „Soupers“ die Wangen streichelt, daß sie ihre „proletarische Abstammung“ vergeffen; derweilen „regieren“ sie weiter. Aber die Sozialdemokratie bedankt sich für diese Rolle; sie geht aufs Ganze und hat durchaus nicht die Absicht, vor den Rassenchränken der kapitalistischen Demokratie Halt zu machen. Die Vorgänge in Berlin und andernwärts reden doch wahrlich eine bereite Sprache!

Nur in Notwehr haben wir zu dieser Abwehr gegriffen. Es wäre auch heute noch unser Wunsch, das deutsche Bürgerturn, trotz aller scharfen Gegenfälle innerhalb der eigenen Kreise, einig zu sehen in dem Widerstand gegen die allgemeine drohende Anarchie.

Wer heute nichts anderes zu tun weiß, als die Bürgerlichen untereinander zu verheßen, der hat den Ernst der Zeit wahrlich nicht begriffen und das Urteil über ihn ist fertig.

Wir verschleiern keinen Augenblick die große Schuld, die wir Alle an dem, was wir heute schauernd befehen und gerade die Erkenntnis davon ist es ja, die uns veranlaßt, mit neuen Ideen und neuen Gedanken in die Politik des künftigen Vaterlandes einzutreten.

Badische Bürger!

Wählt die Kandidaten der Deutsch-nationalen Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden)!

Der Wahlaufsatz der Deutsch-nationalen Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden).

GALERIE MOOS

KARLSRUHE/B.
Kaiserstr. 187
3. bis 24. Januar 1919
35. Sonderausstellung
R. DURM, M. KROPP
:-: W. HEMPFING :-:

GEÖFFNET:
Werktags von 10—6 Uhr,
Sonntags von 11—1 Uhr
und 2—4 Uhr.

3.244. Pfullendorf. Die unterm 26. Juli 1910 wegen Frankfurter ausgeprochene Entmündigung des Anton Reuber und seiner Ehefrau Wilhelmine geb. Reite, früher in Großhadelfhofen, jetzt in Pfullendorf wohnhaft, wurde am 5. Dezember 1918 aufgehoben.
Pfullendorf, 31. Dez. 1918.
Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Stadtgemeinde Konstantz sucht einen Gerichtsaffessor als juristischen Hilfsarbeiter. Bewerber wollen sich unter Angabe ihrer Gehaltsansprüche mit Lebenslauf melben beim Stadtrat in Konstantz.
Konstantz, 2. Jan. 1919.
Der Stadtrat.

Die Unladegeldern im Verkehr mit der Mosbacher Eisenbahn werden für Wagenladungen beim Übergang in Mosbach-Baden von 5 auf 6 Pfennig erhöht. Die Tarif-erhöhung ist gemäß der Vorbeschrieben unter § 2 der E. V. D. genehmigt worden.
F. 816
Berlin, 28. Dez. 1918.
Deutsche Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft Aktien-gesellschaft.

Wohngewerke zu Stallgebäuden bei Warkstation Nr. 419 der Hauptbahn (Gemarkung Grenzach) u. Warkstation Nr. 21 der Wiesentalbahn (Gemarkung Schopfheim), öffentlich zu vergeben: Maurer-, Zimmer-, Schlosser- und Flechtnerarbeiten. Einsichtnahme der Bedingungen, Unterlagen und Abgabe der Angebotsformulare hier, Bahnhofsmeister Aheinfelden und Schopfheim. Keine Unterlagenversendung. Angebote sind verschlossen, postfrei, entprechender Aufschrift, bis 18. Januar 1919, 4 Uhr nachm., bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 14 Tage. 3.200.
Lörrach, 31. Dez. 1918.
Bahnbaupinspektion Basel a. B. in Lörrach.